



Interviews

20. April 2023

Friedbert Meurer im Gespräch mit Robert Feiger, IG Bau

Friedbert Meurer: Wohnungsbautag heute in Berlin, organisiert von den privaten und kommunalen Wohnungsunternehmen und der Bauwirtschaft. Teilnehmen wird auch die Bundesregierung, der Mieterbund und auch die Gewerkschaft IG Bau. Mit deren Vorsitzenden Robert Feiger bin ich jetzt verbunden. – Guten Morgen, Herr Feiger!

Robert Feiger: Schönen guten Morgen, Herr Meurer!

Meurer: Sie haben es gerade gehört: Die Bundesregierung sieht ein bisschen Licht am Horizont. Sie dagegen und die ganze Branche schlägt Alarm. Warum?

Feiger: Wir befinden uns momentan im Bereich des Wohnungsbaus in der Bauwirtschaft wirklich in einer absoluten Ausnahmesituation. Ich spreche da immer von einem toxischen Mix, den wir aktuell haben. Wir haben nach wie vor einen extrem hohen Bedarf von weit über 700.000 Wohnungen pro Jahr, insbesondere im bezahlbaren Bereich. Wir haben extrem hohe Baukosten aktuell, Stichwort Energiepreis, Stichwort Ukraine-Krieg. Wir haben eine Vervierfachung der Bauzinsen innerhalb eines Jahres und wir haben nach wie vor extrem hohe Hürden beim Bauen durch Auflagen und Vorschriften. Allerdings gleichzeitig eine deutlich niedrigere Nachfrage. Insofern ist das eine Situation, die ich in den 20 Jahren meiner bisherigen Tätigkeit in der Bauwirtschaft so noch nicht erlebt habe.

Meurer: Die Bundesregierung sagt, ja, wir wollen helfen mit Zinsverbilligungen und mit anderem mehr. Sie aber und die anderen Teilnehmer beim Wohnungsbautag legen da eine ziemlich gewaltige Summe als Forderung hin: 50 Milliarden Euro als Sondervermögen. – 50 Milliarden, was wollen Sie damit machen?

Feiger: Wir brauchen in der Tat einen Milliarden-Booster bei der Förderung. Wir dürfen nicht so blauäugig sein und glauben, dass unter diesen extrem geänderten Bedingungen, wie ich sagte, Stichwort Zinsen, hohe Baukosten, extrem schwierige Situation auf dem Bau, dass ich unter den veränderten Bedingungen zu den gleichen Kosten eine deutlich höhere Anzahl an bezahlbaren Wohneinheiten schaffen kann. Das ist vollkommen unrealistisch und blauäugig.

Deswegen sagen wir, es ist eine hohe Summe in der Tat, aber das ist für die ganze Legislaturperiode bis Ende 2025 50 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau.

Meurer: Nur für den sozialen Wohnungsbau?

Feiger: Für den sozialen Wohnungsbau als Sondervermögen und dann kann das auch klappen, die 100.000 Wohnungen – 400.000 stehen im Koalitionsvertrag, davon 100.000 Sozialwohnungen – auch tatsächlich pro Jahr noch zu erstellen. Da müssen wir aber dann schon ran!

Meurer: Noch mal zur Klarstellung: 50 Milliarden Euro bis 2025, aber nur für sozialen Wohnungsbau.

Feiger: Nur für den sozialen Wohnungsbau.

Meurer: Was soll sich dann daran ändern, dass neue Wohnungen heutzutage gleich 20 Euro den Quadratmeter kosten, der Bereich außerhalb des sozialen Wohnungsbaus?

Feiger: Wir müssen uns schon kreative Instrumente überlegen. Wir haben aktuell – und das hatten Sie in Ihrem Beitrag vorher auch gebracht – einen Bauüberhang von rund 900.000 Wohnungen. Das heißt genehmigte Wohnungen, die allerdings noch nicht fertig erstellt sind. Ein Drittel in etwa im Rohbau, ein weiteres Drittel bereits unter Dach, aber um die 40 Prozent nur auf dem Papier. Das heißt, da war noch kein Bagger, da war noch kein Baufahrzeug auf dem Grundstück.

Wenn ich jetzt extrem hohe Baukosten habe und bereit bin, etwas mehr an Förderung in die Hand zu nehmen, mehr Geld für Förderung und Zuschuss, dann kann ich auch ursprüngliche Bauprojekte, die jetzt wegen den hohen Kosten auf Eis liegen, umwidmen hin zum sozialen Wohnungsbau und zum bezahlbaren Wohnraum in der Größenordnung 8,50 bis maximal 12,50 Euro für den bezahlbaren Bereich.

Meurer: Wer garantiert das denn, dass am Ende so eine günstige Miete rauskommt?

Feiger: Das muss dann auch die Auflage sein, wenn ich fördere, wenn ich Steuererleichterungen gebe oder wenn ich konkret Zuschüsse gebe an Wohnungsbaugesellschaften, beispielsweise an genossenschaftliche oder an Wohnungsbaugesellschaften aus dem kommunalen Bereich. Das auch mit der Auflage verbinden und dann kann es auch losgehen.

Meurer: Jetzt haben viele Verständnis dafür, dass die Baubranche, weil das ein wichtiges Gut ist für alle, unterstützt wird. Man kann aber auch sagen, Herr Feiger, in den letzten zehn Jahren bei den Niedrigzinsen hat die Branche geboomt und Geld verdient. Jetzt gibt es ein Tief. Warum soll der Staat da jetzt so tief in die Tasche greifen?

Feiger: Wir haben uns im Koalitionsvertrag vorgenommen, 400.000 Wohneinheiten pro Jahr zu bauen. Das hat ja seinen Grund, weil wir einen extremen Mangel an Sozialwohnungen und bezahlbaren Wohnungen haben.

Ja, ich gebe Ihnen recht: In den letzten zehn Jahren hatten wir eine relativ gute Baukonjunktur. Nur da kann sich derjenige, der bezahlbaren Wohnraum in Berlin oder im Rhein-Main-Gebiet sucht, nichts davon kaufen. Der kann nicht vernünftige Miete dadurch generieren, dass es der Bauwirtschaft früher gut ging, aber heute die Wohnungen nicht mehr bezahlbar sind. Das wird dem Mieter nicht helfen.

Meurer: Was sagen Sie der Bundesbauministerin heute – die kommt ja zum Wohnungsbau-tag -, die sagt, es wird besser, wir geben Zinszuschüsse, es gibt wieder mehr Handwerker, die Baustoffe werden wieder billiger, es sieht doch besser aus, als Sie es darstellen?

Feiger: Ja. Wir operieren jetzt momentan in diesem Bündnis mit den aktuellen Zahlen. Die, glaube ich, sind unstrittig und da ist sehr deutlich, dass wir im letzten Jahr weit unter der 300.000er-Marke waren, dass wir in diesem Jahr unter die 250.000er-Marke fallen und es auf jeden Fall droht, dass wir im nächsten Jahr unter die 200.000er-Marke fallen, nicht mal die Hälfte der Wohnungen, die man sich im Koalitionsvertrag vorgenommen hat. Da kann ich jetzt nicht vom Besserwerden sprechen.

Meurer: Neben Geld fordern Sie noch etwas anderes, nämlich weniger Auflagen beim Bau. Ich nehme mal an, Sie denken nicht an die Auflagen, die mit Heizungen oder Isolierungen zu tun haben, sondern an was?

Feiger: Für die IG Bau ist es ganz eindeutig. Wir wollen nicht Umweltschutzstandards mindern. Entscheidend ist, dass möglichst schnell, effektiv und auch kostengünstig gebaut werden kann. Kostengünstig kann ich es insbesondere im bezahlbaren Bereich dadurch machen, dass ich fördere, dass ich bezuschusse und dass ich Steuererleichterungen gebe und das auch mit einem günstigen Mietpreis für die Unternehmen verknüpfe. Da müssen wir einfach ran. Es kann nicht sein, dass wir zwei Drittel der Zeit dafür brauchen, bis ein Bau angegangen werden kann, und ein Drittel der Zeit nur für die Erstellung.

Meurer: Schnellere Genehmigungen, das wäre das wichtigste?

Feiger: Wir brauchen schnellere Genehmigungen, damit das auch schnell losgehen kann.

Meurer: Jetzt haben Sie noch einen Punkt als Gewerkschaftsvorsitzender der IG Bau, der Ihnen wichtig ist, Herr Feiger. Im Moment gibt es über 900.000 in der Branche, Bauarbeiter, Bauarbeiterinnen, und Sie befürchten, da könnten 200.000, weil es keine Arbeit gibt, den Job verlassen und woanders hin wechseln. Muss das so kommen, wenn man sich daran erinnert, dass doch so viele jetzt gebraucht werden für Sanierungen, Isolierungen und so weiter?

Feiger: Wir haben ja einen riesigen Bedarf nicht nur beim Erstellen von Wohnungen, sondern auch, wie Sie richtig sagen, Stichwort energetische Gebäudesanierung. Wir haben Fachkräftebedarf momentan in allen Branchen. Wenn jetzt deutlich wird, der Wohnungsbau stürzt ab – und diesen letzten Weckruf wollen wir auch an die Politik jetzt senden -, dann besteht die Gefahr, dass auch Menschen, qualifizierte Arbeitnehmer diese Branche verlassen, weil sie in anderen Bereichen auch attraktive Bedingungen finden. Wenn wir allerdings in der Branche feststellen, Stichwort Gastro-Effekt – das war in der Gastronomie in der Pandemie auch klar erkennbar -, wenn die Menschen einmal das Gewerbe verlassen haben, sind sie auch schwierig zurückzugewinnen. Das heißt, ich brauche sechsmal länger, um wieder auszubilden, um wieder Personal aufzubauen, als in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation das Personal die Branche verlässt. Davor warnen wir und da müssen wir gehalten, weil das wieder aufzuholen ist äußerst schwierig.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Dis-
kussionen nicht zu eigen.*